

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

7.2.1908 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 7. Februar.

№ 43.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gestaltete Zeitspalt oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unberlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 5. Februar d. J. den Professor Dr. Ernst Fabricius an der Universität Freiburg auf weitere 5 Jahre als Mitglied der Römisch-Germanischen Kommission des Kaiserlich Deutschen Archäologischen Instituts berufen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 5. Februar.

Abg. Müller-Meinungen (fr. Bp.) (fortfahrend): Der Ton, den der Vertreter des Kriegsministeriums gegenüber Schraders ansetzte, war nicht am richtigen Platze. Er sagte nicht, welche Befugnisse eigentlich das Militärkabinett habe. Das Militärkabinett müsse, wie in anderen Staaten, dem Kriegsministerium untergeordnet und als besondere Abteilung eingereiht werden. Gegen die Rechte der Krone gehen wir durchaus nicht vor. Der Kriegsminister sei doch auch ein Vertreter des Königs. Wir sehen in dem Militärkabinett den Hauptgegner jeder großzügigen Aktion in militärischen Dingen. Wie wichtig das Befehrsrecht sei, dafür habe man in den letzten Jahren eine Fülle von Beispielen vorgeführt. Dafür sollten gerade die Prozesse gegen den Grafen Lynar usw. ein plastisches Beispiel sein. Die Truppe, die keine Disziplin mehr habe, sei einfach eine staatsgefährliche Bande, aber die Disziplin dürfe nicht überhand nehmen. Seine Partei wolle auch nicht, daß die Öffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen durch gewisse Tricks illusorisch gemacht werde. Von dem bösen Beispiel der Kriegsgerichte seien auch schon die Marinegerichte angeleitet worden. Der Vertreter des Kriegsministeriums habe auch ein Kassenleben der Offiziere bestritten. Damit finde er in weiten Kreisen des Volkes keinen Glauben. Auch die Offiziere sollten anerkennen: Wir sind zwar Soldaten, aber wir haben nicht aufgehört, Bürger zu sein. (Beifall links.)

Generalleutnant Sirt v. Arnim bestritt, daß er gegen den Abg. Schraders geizig ausgesprochen sei. Gegenüber Müller-Meinungen müsse er sagen, daß es ihm nicht eingefallen sei, das Militärkabinett als den Grundpfeiler des Heeres zu bezeichnen, die freie, unbeschränkte Kommandogewalt des Königs habe er als diesen Grundpfeiler bezeichnet. (Sehr richtig! rechts.) Das sei ein himmelweiter Unterschied. Er wiederhole, was er gestern ausgesprochen habe, nach seiner Kenntnis des Rechts und nach dem Standpunkt aller bewährten Staatsrechtslehrer bestehe die unbeschränkte Kommandogewalt des Königs nach dem Gesetz und der Verfassung, und da er nach den Worten Schraders nichts anderes heraus hören konnte, als daß nach dieser Richtung eine Umänderung eintreten solle, so habe er es für seine Pflicht gehalten, gegen derartige Ausführungen Stellung zu nehmen. Hierüber glaube er den Standpunkt der Heeresverwaltung und seine Auffassung gestern so klar gelegt zu haben, daß er heute nicht darauf zurückkommen brauche. (Beifall.)

Abg. Wieland (südd. Bp.) hebt hervor, durch eine einheitliche Uniformierung der Kavallerie werde eine große Ersparnis gemacht werden, ohne daß die Kriegsfertigkeit eingeschränkt werde. Der Turnunterricht sollte nicht nur in den Schulen gepflegt werden, sondern auch darüber hinaus bis zur Militärzeit. Eine Herabsetzung der Dienstzeit wäre wohl angebracht. Die württembergische Armee hatte vor 1870 eine kürzere Dienstzeit, doch habe sie sich leistungsfähig und tüchtig gezeigt. (Beifall links.)

Abg. v. Oldenburg (kons.) führt aus: Der Kriegsminister werde seine Enttarnung und den Schmerz darüber leichter überwinden, wenn er sehe, wie sein Stellvertreter hier debattiere. (Bravo rechts.) Wir stehen vollkommen auf dem Grunde des Generalleutnants Sirt v. Arnim, auch in der Frage des Militärkabinetts. Er sagte sehr richtig, der Kriegsminister, der das Recht des Kriegsherrn preisgibt, müsse erst geboren werden. Einen erregten Ton hat der Vertreter des Kriegsministeriums nicht angeschlagen. Das Verhältnis der Offiziere zum Kriegsherrn ist rein persönlicher Art. Die Möglichkeit darf nicht geschaffen werden, daß der Reichstag irgendwelchen Einfluß gewinnt auf die Entschliebung des Allerhöchsten Kriegsherrn einem seiner Offiziere gegenüber. (Beifall.) Der Lohnungsverbesserung stehe seine Partei sympathisch gegenüber. Speziell könne man aber die Militärdienstleistung nicht entschädigen. Mit einer fortgesetzten Herabsetzung der Dienstzeit komme man schließlich zur Null, die die Sozialdemokraten wünschen, weil sie glauben, mit ihr bessere Geschäfte als jetzt zu machen. (Sehr richtig!) Uebergehend auf die gestrigen Ausführungen Schraders über die Ehrbegriffe der Offiziere erklärte sich Oldenburg als Offizier für einen Anhänger des Duells. Betreffend die gestrige Rede Koskes sagt er, er könnte über die Zustände in der Schweizer Armee gedrucktes Material unterbreiten, daß man sein blaues Wunder erleben würde. Die Schweizer Offiziere müßten die unglaublichen Antworten entzünden, aber es sei auch vorgekommen, daß Rekruten drei Mal mit dem Säbel über den Kopf geschlagen worden seien. Der jugellose Freiheit folge die Diktatur des Säbelregiments. Oldenburg konstatiert dann, daß alle Redner zugestanden haben, daß die Mißhandlungen von Jahr zu Jahr abgenommen haben. Mit Bebel habe er manche Verührungspunkte. Sie beide hielten den Revisionismus für Schwindel. (Großer Beifall.)

Abg. Häusler (Ztr.): Er sei überzeugt, daß in einem Volk in Waffen, wie dem deutschen, welches die größten Opfer für die Ausgestaltung und Erhaltung der Wehrkraft bringe, jeder einzelne Abgeordnete berechtigt und verpflichtet sei, nicht nur in finanzieller, sondern auch in anderer Richtung auf die Ausgestaltung des Heerwesens einzuwirken. Häusler wiederholt seine Ansichten über die Notwendigkeit der Herabsetzung der Dienstzeit für die Kavallerie.

Abg. Hilbert (Bav. Bauernb.) befürwortet insbesondere die Resolution, betreffend Gewährung des Ernteurlaubs.

Abg. Köhler (Wirtsch. Bp.) begründet die Resolution, betreffend den landwirtschaftlichen Unterricht beim Militär. Seitdem der Reichsanwalt sich als agrarischen Reichsanwalt bekannte, dürfe man auf bessere Zeiten für die Landwirtschaft rechnen.

Abg. Zubeil (Soz.) führte aus: Wenn seine Partei die Teilnahme an den Weileidsstundgebungen für den König von Portugal ablehne, so befinde sie sich in guter Gesellschaft, in der des ungarischen Parlaments. Nachdem der starke Mann in Portugal die Königin im Stich gelassen habe, möchte er Oldenburg den guten Rat geben, an seine Stelle zu treten. Seine Partei bekämpfe das Militärkabinett, weil es wolle, daß der Kriegsminister nicht weiter sei, als eine leuchtende Puppe. Redner brachte dann Einzelfälle von Soldatenmißhandlungen vor.

Abg. Leonhart (fr. Bp.) betonte, daß das Hindernis für die Reform des Militärstrafrechts auch beim Militärkabinett liege. Die Lage der Sanitätsoffiziere lasse vielfach zu wünschen übrig. Jedenfalls ständen die Militärärzte den Zivilärzten unvernünftig gegenüber.

Abg. Graf Finckenstein (kons.) meinte, die von Zubeil angeführten Mißhandlungsfälle hätten keine Beweiskraft. Was sollten diese wenigen Fälle für eine solche Riesenarmee, wie für die deutsche, besagen? Wie stelle die Sozialdemokratie sich übrigens zu dem Terrorismus, den sie selbst gegen Arbeitswillige anwende? (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Bei den Truppenstationen sollte man mehr Rücksicht nehmen auf die kleinen Städte.

Abg. Kead (nall.) wünscht, daß den selbständigen Handwerker von den Reichs- und Staatsbetrieben mehr Arbeit zu angemessenen Löhnen zugewiesen werde.

Abg. Hausmann (südd. Bp.) vermißt eine Antwort wegen der Anfrage, betreffend die Ersparnisse und betreffend Reform des Strafrechts und der Prozessordnung. Auch auf die Anfrage von Müller, wie es sich mit der Scheidung der Befugnisse der Militärverwaltung und des Militärkabinetts verhalte, sei nicht geantwortet worden. Diese wichtige Frage könne man nicht damit abmachen, daß man immer das Wort „Kommandogewalt“ gebrauche. Es lägen hier sehr ernste Fragen sowohl für die konstitutionelle Körperschaft, wie für die Armee selbst vor. Man müsse die Forderungen des Rechtsstaates auch dem Militärkabinett gegenüber zum Ausdruck bringen. Das Wehrwesen gebe zu den schwersten Bedenken Anlaß. Die Kluft zwischen dem Offizierskorps und dem Bürgertum sei durch die Rede Oldenburgs nur noch größer geworden. Den Geist solcher Reden (Wirtschafts- und Völkerei) bedauere er. Er sei stolz darauf Bürger zu sein, und auf das, was Deutschland dem Bürgertum verdanke. (Beifall links.)

Generalleutnant Sirt v. Arnim erklärte, die Reform des Strafrechts werde mit der Bearbeitung der Zivilprozessordnung zusammengepackt werden. Eine präzise Auskunft über die Zuständigkeit des Militärkabinetts vermöge er jetzt nicht zu geben. Das Verhältnis der Offiziere zum Kriegsherrn sei ein geschichtliches, das durch die persönliche Art Wärme und Härte erhalte. Unrichtig sei die vom Abg. Vogt vorgebrachte Behauptung vom Schinden der Pferde bei den Distanzritten. Diese müßten vorgekommen werden, dürften aber nicht in Schindereien ausarten. Den Militärärzten jede Parzais zu verbieten, würde nicht im Interesse des Volkswohls und der Volksgesundheit liegen. Auf eine andere Beschwerde übergehend, meinte Redner, wenn jeder, der sich beschwere, in eine andere Garnison versetzt werden sollte, würden wir schließlich alle Soldaten in Berlin haben. (Heiterkeit.) Den Satz Zubeils, zwischen den Sozialdemokraten und der Armee bestände ein großer Unterschied, unterschreibe er. (Heiterkeit.) Auf eine Anfrage Müller-Meinungen erklärte Redner, er betone ausdrücklich, gesagt zu haben, er sei nicht in der Lage, hier zu erklären, das und das sei Sache des Militärkabinetts und jenes Sache des Kriegsministeriums.

Damit schließt die Debatte. Nach persönlichen Bemerkungen wird der Gehalt des Kriegsministers bewilligt. Die Resolutionen, betreffend Militärstrafrecht, Urlaubserteilung, freie Heimreise, Offenheit der Verhandlungen der Militärgerichte und Ernteurlaub, werden angenommen, diejenige auf Einführung der einjährigen Dienstzeit wird abgelehnt. Nach debattierender Erledigung mehrerer weiterer Titel wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr 15 Minuten.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 6. Februar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Im fortgesetzter Beratung des Militärstatuts tritt Abg. Berner (Reform.) bei Kapitel „Militärintendantur“ für die soziale Besserstellung der Intendantursekretäre ein.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums sagt Erwägung der Wünsche zu.

Bei den Ausgaben für die Militärjustizverwaltung bemerkt Abg. Gröber (Zentr.), es fehle namentlich an einer brauchbaren Statistik für die Ergebnisse der Militärstraf-

(Mit einer Landtagsbeilage.)

rechtspflege. Aus dem vorhandenen Material gehe hervor, daß in der militärischen Strafrechtspflege übereinstimmend mit der bürgerlichen eine fortschreitende Milderung in der Strafmaßung eingetreten sei. Die Bestrafungen wegen Mißhandlung von Untergebenen sind wesentlich zurückgegangen, die Subordinationsdelikte hätten dagegen allgemein zugenommen. Bei der Marine finde man mehr Vorbestrafte als beim Landheer. Um den der Militärstrafstatistik anhaftenden Mängel zu begegnen, beantrage seine Partei, die Abfassung dieser Statistik auszudehnen: 1. durch die Veröffentlichung der über die Personalverhältnisse der Beurteilten erhobenen Tatsachen; 2. durch die Erhebung und Veröffentlichung der prozessstatistischen Tatsachen.

* Berlin, 5. Febr. Die Kommission des Reichstags für das Reichsvereinsgesetz beschloß, in dem Entwurf einen Paragraphen einzuschalten, wonach ein Verein, dessen Zweck dem Strafgesetzbuch zuwiderläuft, aufgelöst werden kann. Die Auflösungsbeugnis kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der Gewerbeordnung angefochten werden. Die Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.

* Berlin, 6. Febr. Im Reichstag brachten die Polen eine Resolution ein, in der sie den Reichsanwalt ersuchen, die preussische Staatsregierung zu veranlassen, die Ostmarkenvorlage zurückzuziehen.

Von der Berufs- und Betriebszählung.

Ueber die bei der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 in Baden gemachten Erfahrungen wird uns geschrieben:

Die Aufbereitung des umfangreichen Materials, das am 12. Juni v. J. von der Bevölkerung des Großherzogtums erhoben und von den die Erhebung leitenden Gemeindebehörden einer mehr oder weniger gründlichen Revision unterzogen worden war, ist im Großherzoglichen Landesamt soweit gefördert worden, daß man sich ein Urteil darüber bilden kann, in welchem Umfange die Angaben geeignet erscheinen, ein zutreffendes Bild von den beruflichen und gewerblichen Verhältnissen, sowie von der sozialen Gliederung der Bevölkerung zu geben.

Es kann zunächst mit Bemutigung festgestellt werden, daß die Bevölkerung im allgemeinen der Durchführung der Erhebung großes Verständnis entgegengebracht, die schwierige Arbeit größtenteils nach Kräften unterstützt und den Zählern die Erfüllung der schweren Aufgabe erleichtert hat. Es darf deshalb auch erwartet werden, daß die Nachhebungen, die seit einiger Zeit im Gange sind und sich vorwiegend auf die Versicherungsfragen erstrecken, in befriedigender Weise erledigt werden, damit dem weiteren Ausbau der sozialen Versicherungsgesetzgebung zugunsten der Witwen und Waisen die erforderlichen sichern Unterlagen geboten werden können.

Bedauerlicherweise kann von einem ebenso willigen Entgegenkommen, wie es bei den unteren und mittleren Bevölkerungsklassen fast durchweg gefunden wurde, aus den höher stehenden Bevölkerungskreisen nicht berichtet werden.

Wie schon bei früheren Volkszählungen, so wurden auch bei der Berufs- und Betriebszählung seitens der Zähler nicht selten harte Klagen laut über mangelndes Entgegenkommen, schlechte Behandlung usw., obwohl auch diesmal wieder vor der Zählung in der Tagespresse — man hätte meinen sollen beinahe überflüssigerweise — um das Wohlwollen auch dieser Kreise der Bevölkerung, die bezüglich der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung mit gutem Beispiel vorangehen müßten, in eindringlichster Weise gebeten worden war. So mußte der Stadtrat der Hauptstadt Karlsruhe gelegentlich einer Rundfrage über die Schwierigkeiten bei der diesjährigen Zählung die Erfahrungen in der vernichtenden Kritik zusammenfassen:

„Es ist leider Tatsache, daß die bittersten Klagen über schlechte Behandlung sich gerade gegen jene Kreise richten, die man sonst als die gebildeten zu bezeichnen gewohnt ist. Je vornehmer das Viertel, desto lauter und zahlreicher waren die Klagen über abstoßendes und oft geradezu verletzendes Benehmen der Haushaltungsvorstände und ihrer Vertreter. Umso wohlwunder wirkt das einstimmige Urteil der Zähler, soweit es uns überhaupt zu Ohren gekommen ist, daß die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung, besonders die Arbeiterkreise, der Zählung das meiste Verständnis entgegengebracht haben.“ Ähnliche Urteile enthielten die Berichte der Stadträte von Baden-Baden, Freiburg und Mannheim, in

denen der Widerwillen der Bewohner der feinen Viertel an die Spitze gestellt war.

Mit Rücksicht auf diese üblen Erfahrungen der ehrenamtlichen Zähler, die seit 10—15 Jahren von Zählung zu Zählung leider immer häufiger geworden sind, darf man sich nicht wundern, daß die größeren Städte im letzten Sommer nur mit Aufbietung aller Kräfte die erforderliche Anzahl von Zählern gewinnen konnten und wenn künftig damit gerechnet werden muß, daß auch diejenigen Personen nicht mehr zur Uebernahme des Ehrenamts eines Zählers bereit sein werden, die sich jahrzehntelang opferwillig in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt haben.

Aber nicht nur über das ungehörige Verhalten bei der Auskunftserteilung seitens der oberen und gebildeten Gesellschaftskreise ist lebhafteste Klage geführt worden, sondern noch viel häufiger darüber, daß sich deren Angehörige für zu schade halten, um sich an der Zählung als ehrenamtliche Zähler zu beteiligen. Abgesehen von wenigen rühmlichen Ausnahmen haben sich das akademisch gebildete Beamtentum und die gebildeten kaufmännischen Kreise an dieser Mitarbeit im öffentlichen Interesse fast gar nicht beteiligt. Das ist tief bedauerlich, und zwar nicht bloß vom Standpunkte der Aufnahmebehörden, sondern auch im Interesse dieser führenden Kreise des Volkes selbst!

Wieviel Einsicht und Verständnis für wichtige Gegenwartsfragen könnten ihnen durch eine solche Mitarbeit vermittelt werden! Sind sie es doch gerade, die in ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Tätigkeit solche Einblicke am häufigsten bedürfen und die Statistik bei praktischen, wissenschaftlichen, rechtlichen und Verwaltungsfragen mannigfacher Art oft dringend brauchen. Sie sind die größten Konumenten und die mangelhaftesten Mitarbeiter!

Selbstverständlich wird dieses bedauerliche Verhalten der führenden und gebildeten Kreise in Zukunft seine Wirkung auf den bürgerlichen Mittelstand, der bisher die größte Zahl an ehrenamtlichen Zählern gestellt hat, ebenfalls nicht verfehlen. Schon bei der letzten Zählung sind Ablehnungen des Zähleramts nicht selten mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das ablehnende Verhalten der gebildeten Klassen begründet worden.

Es muß deshalb dringend gehofft werden, daß in Zukunft bei den großen von Reich und Staat veranstalteten Erhebungen die gebildeten Bevölkerungsschichten nicht nur keinen passiven Widerstand leisten, sondern im Interesse der Allgemeinheit allen übrigen Kreisen durch tatkräftigste Förderung mit gutem Beispiel vorangehen!

Das Lissaboner Attentat.

(Telegramme.)

Die neue Regierung.

Lissabon, 6. Febr. Die Minister begaben sich gestern aus dem königlichen Palais nach der Wohnung des Ministerpräsidenten, wo eine vierstündige Beratung stattfand; sie erörterten die Lage und legten die Grundzüge des künftigen Programms fest. Trotz der allgemeinen Niederdepressionen anlässlich der Ermordung des Königs und des Kronprinzen, kann man heute leicht beobachten, daß die durch die Neubildung des Kabinetts erfolgte Lösung der Krise ein Gefühl der Erleichterung hervorgerufen hat. — Die Abendblätter enthalten günstige Urteile über die neuen Minister. Das Organ des früheren Ministerpräsidenten Franco sagt, der neue Herrscher sehe alle Portugiesen ihm für die Befreiung seiner Regierung Glück wünschen. „Novidades Lisboa“, das Organ der Regeneradores, erklärt, das neuernannte Kabinett sei ein Ministerium der Beruhigung; dies sei auch das einzige Verlangen des Landes gewesen. Seine Aufgabe sei schwierig, aber alle Minister flößten Vertrauen ein.

Lissabon, 6. Febr. König Manuel hat zwei Verfügungen, welche die Pressefreiheit beschränkten, aufgehoben, sowie eine andere, welche die Vollmachten des Untersuchungsrichters dem Angeklagten gegenüber unbefristet erweitert hatte. Der Verwaltungsausschuß, der den Stadtrat von Lissabon ersetzt hatte, hat abgedankt. — Es wird versichert, daß König Manuel beim Empfang der neuen Minister die feste Absicht ausgesprochen habe, der Verfassung treu zu bleiben und niemals auf die Diktatur zurückzugreifen.

Der neue Ministerpräsident Ferreira hatte eine lange Unterredung mit den Führern der Progressisten und der Regeneradores. Die Mütter sprechen sich fortgesetzt lobend über die neuen Minister aus. Die Minister des ehemaligen Kabinetts Franco haben dem Könige ihre Abschiedsbefehle abgestattet. Wie amtlich festgestellt wurde, ist auch die dritte der bei dem Anschlag erschossenen Personen an dem Morde in keiner Weise beteiligt.

Lissabon, 6. Febr. Der Zustand König Manuels hat sich gebessert. Seine Umgebung sucht der König zu bewegen, nicht an dem Leidenbegriff teilzunehmen.

Lissabon, 6. Febr. Alle Gouverneure und fast alle Behörden haben ihre Ämter niedergelegt.

Madrid, 6. Febr. Der Lissaboner Korrespondent des hiesigen Blattes „El Mundo“ schreibt: Es heißt, daß in Oporto mehrere revolutionäre Truppenteile die Polizei und die Municipalgarde angegriffen haben. Es sei ihnen gelungen, für einige Augenblicke die republikanische Flagge auf der Municipalgarde zu hissen.

Madrid, 6. Febr. Aus Lissabon kommende Reisende verbreiten folgende Gerüchte: Es sollen die Grafen Ribeira und andere aristokratische Flüchtlinge, deren Angehörige eingekerkert oder deportiert werden sollten, geschworen haben, Franco zu töten. Sie suchten ihn auf, konnten aber wegen der strengen Bewachung nicht herankommen. Sie schworen alsdann, den König und seinen Sohn zu töten. Der Sohn des

Grafen Ribeira schoß auf den königlichen Wagen mit einem Gewehr. Er befand sich an der Spitze der Königsmörder. In seinem Palais wurde eine strenge Hausdurchsuchung vorgenommen. Einer der getöteten Mörder, Manuel dos Reis Silva, Feldwebel a. D., war einer der geschicktesten Schützen in Portugal und hatte viele Schießpreise gewonnen.

Lissabon, 6. Febr. Das von Franco verbotene Organ der Regeneradores „Diario Popular“ hat dank dem gestrigen Erlass des Königs sein Erscheinen unter dem alten Namen wieder aufgenommen. Es erklärt, es werde die Regierung gern in gemeinsamer Arbeit im Werke der Beruhigung des Landes unterstützen.

Lissabon, 6. Febr. „Diario Illustrado“, das Organ Francos erklärt, es werde der Monarchie mit allem Eifer dienen und sich jeder Polemik bezüglich des früheren Kabinetts enthalten. Das Blatt spricht dann dem neuen Kabinett seine Anerkennung aus. — Wie verlautet, war König Carlos bei drei Lebensversicherungsgeellschaften versichert und zwar bei der einen mit 50 000, bei der anderen mit 1 500 000 und bei der dritten mit 200 000 Pfund Sterling.

Paris, 6. Febr. Privatdepechen aus Madrid zufolge eintreffen werde. Der Minister Franco heute in Madrid eintreffen werde.

Berlin, 5. Febr. Nach neueren Bestimmungen wird nicht Prinz Friedrich Leopold, sondern Prinz Eitel Friedrich Seine Majestät der Kaiser bei den Besichtigungsfeierlichkeiten in Lissabon vertreten.

Marokko.

(Telegramme.)

Tanger, 6. Febr. Aus Fez wird gemeldet: Ein hier eingetroffener Brief Muley Safids besagt, er hoffe demnächst nach Fez zu kommen. Nach Beendigung des heiligen Kriegs und nach Wiedereinnahme von Casablanca hoffe er auch Udscha wieder einzunehmen und die alten Grenzen wieder herzustellen. Wie weiter gemeldet wird, heißt es in dem Briefe wörtlich: „Wenn der Heilige Krieg beendet und kein lebender Christ mehr in Marokko sein wird, dann werde ich nach Fez kommen. Vorkäufig sende ich Muley Reshid mit einer starken Armee als meinen Vertreter dorthin.“ — Ein anderer Brief Muley Safids ladet mehrere Einwohner von Fez ein, zu ihm zu kommen zu einer Besprechung bezüglich des Heiligen Krieges.

Rabat, 6. Febr. Ein Brief des Gouverneurs von Meknes droht die Häuser derjenigen zu plündern, welche unter den Fahnen Abdul Afis dienen, falls sie nicht nach Meknes zurückkehren sollten. Als dies der Sultan Abdul Afis erfuhr, ernannte er die Leute von Meknes in ihr Land zurückzuführen. Sie weigerten sich jedoch, wofür ihnen der Sultan dankte.

Tanger, 5. Febr. Man erwartet heute die Ankunft des Raids Mac Lean. Der Austausch fand gestern nicht statt infolge von Zumutungen, die im letzten Augenblick von Kaisuli gestellt wurden. Dieser sollte nämlich mit einer Eskorte von bewaffneten Reitern bis nach Tanger kommen, aber El Guebba schlug es aus, in die Zumutung zu willigen; er erlaubte Kaisuli nur, mit zehn bewaffneten Reitern zur englischen Gesandtschaft zu kommen. Die anderen Leute der Eskorte müssen ihre Waffen bei den die Stadt umgebenden Posten abgeben.

Paris, 6. Febr. In den Wandelgängen der Kammer wird erzählt, daß Jaurès die Absicht habe, anlässlich des Gedichtes von Darf Sebar in der heutigen Sitzung der Kammer eine neue Interpellation über die marokkanische Angelegenheit einzubringen.

Paris, 6. Febr. Gestern nachmittags war an der Börse und in den Wandelgängen des Palais Bourbon das Gerücht von einem neuen Gesandten in Marokko verbreitet, wobei die französischen Truppen 168 Tote und zahlreiche Verwundete gehabt haben sollen. Der Minister des Äußeren erklärte diese Nachricht mit der größten Entschiedenheit für unrichtig. Das letzte Telegramm des General B' Made berichtet ausschließlich bekannte Details über den Kampf bei Darf Sebar.

Paris, 6. Febr. Eine offiziöse Mitteilung besagt: Auf Anfrage der französischen Gesandtschaft in Tanger stellten es die Minister des Sultan Abdul Afis in Abrede, daß der Sultan sich an Deutschland gewandt habe, um gegen das Vorgehen Frankreichs Einspruch zu erheben. Es ist aber anzunehmen, daß ein derartiger Schritt von einer unbefristeten Persönlichkeit oder einem allzu eifrigen Ratgeber unternommen worden ist. Jedenfalls erkennt man in Paris die höfliche und korrekte Haltung an, die Deutschland in dieser Angelegenheit beobachtet habe.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 6. Februar.

Gestern traf eine besondere Gesandtschaft Seiner Majestät des Königs von Schweden hier ein, die den Auftrag erhalten hat, die Thronbesteigung Seiner Majestät des Königs Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog anzuzeigen. Die Gesandtschaft, die auf Einladung Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs im Großherzoglichen Schloß abgestiegen ist, besteht aus dem Abgesandten Chef des Generalstabs der Schwedischen Armee, Generalmajor von Bildt, dem Sekretär im Ministerium des Auswärtigen, Danielsson, und dem Kapitän im Generalstab, Baron von Leijonhufvud. Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing die Abgesandten heute mittag halb 1 Uhr in feierlicher Audienz, wobei General von Bildt seine beiden Begleiter vorstellte. Der Audienz wohnte Ministerialpräsident Geheimrat Freiherr von Marschall bei. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin wird die Schwedischen Herrn heute abend empfangen, und hierauf wird zu Ehren der Gesandtschaft im Großherzoglichen Palais eine größere Tafel stattfinden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Ministerialpräsidenten Geheimrats Freiherrn von Bodman entgegen und hörte nachmittags die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

** Bei dem Verwaltungsgerichtshof sind im Jahre 1907 182 Fälle anhängig geworden, und zwar 33 Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen der Bezirksräte und 149 Klagen in Sachen, in denen der Verwaltungsgerichtshof in erster und letzter Instanz erkennt. Vom Jahre 1906 waren auf das vergangene Jahr 52 Fälle übergegangen.

Von diesen 234 Fällen wurden 170 erledigt, und zwar 129 durch Urteil, 9 durch Inzulässigkeitsklärung und 33 durch Vergleich, Verzicht und Verurteilung. Unerledigt gingen 64 Fälle in das Jahr 1908 über. Im Jahre 1906 betrug die Zahl der erledigten Fälle 176.

Von den im Jahre 1907 erledigten Fällen gehören dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern 146, der Finanzen 24 an.

Von den erledigten Fällen waren 50 Klagen gegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörde in Krankenversicherungsangelegenheiten und 6 sonstige Krankenversicherungsfragen, 20 Streitigkeiten in Armensachen, 24 Prozesse über Staatsabgaben, 10 Klagen über angefochtene Gemeindevahlen, 5 Streitigkeiten über Bürgerreue, 5 über Gemeindeabgaben; gegen polizeiliche Verfügungen der Bezirksämter und Bezirksräte wurden 26 Klagen erhoben.

Von den Bezirksräten, als Verwaltungsgerichten erster Instanz wurden im Jahre 1907 105 Fälle erledigt — gegen 81 im Jahre 1906 —, wovon auf den Amtsbezirk Mannheim 26 — Freiburg 14 — Karlsruhe 10 — Heidelberg 5 — Pforzheim und Waldshut je 4 — Bruchsal, Ettlingen, Lahr und Weinheim je 3 — Achern, Baden, Bühl, Eppingen, Konstanz, Meßkirch, Pfullendorf und Staufen je 2 — Buchen, Emmendingen, Hehl, Lörach, Mosbach, Müllheim, Neustadt, Oberkirch, Offenburg, Säckingen, Schwenningen, Stodach, Tauberbischofsheim und Villingen je 1 entfallen.

** Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat Januar 1908 410 Rentengesuche (21 Alters- und 389 Invaliden- beziehungsweise Krankenrentengesuche) eingereicht und 332 Renten (23 + 275 + 34) bewilligt worden. Es wurden 41 Gesuche (1 + 40) abgelehnt, 523 (19 + 504) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren — Alters-, 6 Invaliden- und 1 Krankenrente zuerkannt. Bis Ende Januar 1908 sind im ganzen 60 284 Renten 10,257 Alters-, 47,958 Invaliden- und 2069 Krankenrenten bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Wegfall: 32 743 (7552 + 23 414 + 1777), so daß auf 1. Februar 1908: 27 541 Rentenempfänger vorhanden sind (2705 Alters-, 24 844 Invaliden- und 292 Krankenrenten). Verglichen mit dem 1. Januar 1908 hat sich die Zahl der Rentenempfänger vermehrt um 51 (—24 Alters-, +69 Invaliden- und +6 Krankenrenten). Die Renteneinpflüger begeben Renten im Gesamtjahresbetrage von 4 033 205,17 M., (mehr seit 1. Januar 1908 11 165,42 M.). Der Jahresbetrag für die im Monat Januar 1908 bewilligten Renten berechnet sich, und zwar für 23 Altersrenten auf 3854,40 M., 281 Invalidenrenten auf 46 637,60 M., 35 Krankenrenten auf 8884,20 M., somit Durchschnitt für eine Altersrente 167,58 M., für eine Invalidenrente 165,90 M., für eine Krankenrente 168,12 M. Für sämtliche bis 1. Januar bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 138,79 M., einer Invalidenrente 147 M., einer Krankenrente 158,94 M. Beitragserstattungen wurden im Monat Januar 1908 angewiesen infolge Heirat weiblicher Versicherter in 250 Fällen 10 670 M., infolge Todes versicherter Personen in 52 Fällen 4969 M., infolge Unfalls versicherter Personen in 1 Falle 69 M.

Z. (Großherzogliches Hoftheater.) Die gestrige Wiederholung des „Siegfried“ fand in den einzelnen Akten nicht durchweg auf gleicher Höhe. Richtige Befriedigung gewährte nur der letzte Akt, in welchem es Herr Dr. Göhler unter begeisterten und hingebender Anteilnahme der Soubretten und des Orchesters gelang, eine wirklich dramatische Wirkung zu erzielen; namentlich in der Schlusszene fand die Gemalt der großartigen Tonsprache überzeugenden Ausdruck. Die beiden ersten Akte dagegen hatten jedoch viel weitergehender Vorbereitung bedürft, die sich vor allem auf Feststellung und Einhaltung bestimmter Tempi, sowie auf zweckmäßige und gründliche Modifizierung der Sätze und der häufig direkt störenden Tongebung einiger Musikinstrumente zu erstrecken gehabt hätte. Im zweiten Akt wurde u. a. durch das verspätete Auftreten Nimes die folgende Musiksprache der beiden Nibelungen stark gefährdet und im ersten durch ein auffälliges Gassen im Tempo Singstimme und Text manchmal direkt unverständlich. In dem guten Gelingen des Schlusssatzes waren Frau von Szekrenbessh und Herr Tänzer in erster Linie mitbeteiligt. Frau von Szekrenbessh schuf eine von warmempfindendem dramatischem Leben erfüllte „Brünnhilde“, die auch gesanglich sehr wohl befriedigte. Herr Tänzer hielt als „Siegfried“ in den beiden ersten Akten mit seinen Mitteln ziemlich zurück, sang aber die Schlussszene ohne Ermüdung mit ausgiebigem langvollem Organ. Herr Eris sorgsam ausgearbeiteter und sicher beherrschter Nimes, Herr Wätters anfänglich etwas matter „Wanderer“, der wirksam gesungene „Fahner“ des Herrn Keller, sowie Fel. Eshofers stimmliche „Erda“ und Frau Warnerperspers „Stimme des Waldbogels“ gliederten sich gut ins Ganze ein. Das von Herrn Suttner prächtig gefasene Hornsolo des zweiten Aktes verdient besondere lobende Erwähnung. Das Publikum spendete am Schluß der Vorstellung lebhaften Beifall.

§ (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Der gestrige Vortragabend brachte ein aktuelles gerichtlich-medizinisches Thema, das jetzt fast bei allen großen Strafprozessen irgend eine Rolle zu spielen pflegt. Geh. Hofrat Professor Dr. E. d. m. a. n. Heibelberg sprach über die „Geisteskrankheiten im Recht und im Familienleben“. Er zeigte an sehr typischen Beispielen, wie schwierig oft die Feststellung geistiger Krankheit und ihres Einflusses auf die Handlungsfähigkeit der Menschen sich gestaltet. Im Familienleben seien weniger die Widrigkeiten, die in Anstalten untergebracht werden, als die Imbecillien und Anormalen (Hysterischen usw.) eine schwer zu tragende Last. In der Wangserziehung, für die wir in Baden mustergültige Anstalten haben, sollten die moralisch krankhaften, Unerziehbaren von den übrigen Zöglingen getrennt werden. Der Redner schilderte dann, wie schwer es sei, Ebeanfertigungen durchzuführen oder die Entmündigung von Verwirrten oder Trunksüchtigen durchzuführen, die ist im eigenen Interesse der zu Entmündigten, wie auch zum Schutz der Familien derselben so notwendig sei. Die persönliche Freiheit dürfe nicht angetastet werden, so lange nicht eine verminderte oder fehlende geistige Zurechnungsfähigkeit nachgewiesen sei. Man sei heute sehr leicht geneigt, geistige Krankheit auf Vererbung zurückzuführen, das sei aber ein sehr

unfähiges Gebiet; die Statistiker schwanken bei ihren Berechnungen des Anteils der Vererbung bei geistigen Krankheiten zwischen 4 und 30 Prozent. Durch geeignete Prophylaxis d. h. durch richtige Erziehung werde man der Ausbreitung geistiger Erkrankungen am besten entgegenwirken. Der anschauliche, lehrreiche Vortrag fand vielen Beifall.

Musikbildungsanstalt Karlsruhe. Das vierte Vorspiel findet am Sonntag den 9. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, im Saale der Musikbildungsanstalt, Ritterstraße Nr. 7, statt.

Clare Graebener (Liederabend). Am Montag den 10. Februar wird Fräulein Graebener von hier einen ersten größeren Liederabend im Museumsaal veranstalten. Fräulein Graebener genoss ihren ersten gesanglichen Unterricht bei Herrn Chorleiter Eugen Bühler und setzte seit 1906 ihre Studien bei der bekannten Gesangslehrerin Frau Hoffpeltmeisterin in München fort, wo sie sich zurzeit noch befindet. Herr Hoffpeltmeister in München hat die Begleitung freundlich übernommen. Das Arrangement liegt in den Händen der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz, Kaiserstraße 114. Fräulein Graebener ist hier schon oft in geschlossenen Kreisen mit Liedervorträgen aufgetreten und hat dabei immer vielen Beifall gefunden.

Marcell Salzer (Lustiger Abend). Wie wir hören, wird Marcell Salzer, der hier noch in frischer Erinnerung steht, am Freitag den 14. Februar im Museumsaal einen lustigen Abend veranstalten. Das Arrangement hat die Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz, Kaiserstraße 114, übernommen.

Gewerbeverein Karlsruhe. In der Monatsversammlung am Mittwoch den 12. Februar, abends halb 9 Uhr, im Saal 3 Schreyer wird Herr Zeichenlehrer Gutmann über die bayerische Vörsenreform im 18. Jahrhundert sprechen. Den Besuchern wird Gelegenheit gegeben werden, durch einen Einblick in die reichhaltige, wertvolle Sammlung des Herrn Zeichenlehrers Gutmann sich von der wirtlich heimatsunstatmenden Schönheit dieser Erzeugnisse zu überzeugen.

Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 30. Januar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schwörer. — Unter der Auflage wegen Vergehens gegen die §§ 350 und 354 St.G.B., stand der frühere Postbote Wilhelm Becker aus Staßfurt vor der Strafkammer. Der Angeklagte war seit Juli 1905 als Postbote in Welschnievent angeestellt. Er bekam ab und zu von Einwohnern der genannten Gemeinde Geldbeträge, um sie für dieselben auf der Post einzubehalten. Jeder unterließ es aber und verbrauchte das ihm übergebene Geld, im ganzen 217 M., in seinem Nutzen. Er wurde heute mit 9 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft bestraft. — Der Maurer August Gutnecht aus Wilschweiler, wohnhaft in Welschnievent, hatte durch einen Messerschlag beinahe ein Menschenleben vernichtet. Gutnecht bekam am 15. Dezember mit seinem Stiefsohn einen Wortwechsel. Ein Freund desselben, namens Jakob Wilhelm Klotz, machte Gutnecht wegen seines Benehmens Vorhalt, worauf zwischen beiden ein Streit entstand. Als Klotz sich entfernte, eilte Gutnecht ihm sofort nach und versetzte ihm mit einem Stelmesser einen Stich in den Leib und einen zweiten in den linken Oberarm. Die erstere Verletzung war eine lebensgefährliche. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr, 3 Monate Gefängnis verurteilt.

Aus dem Polizeibericht. Am 2. d. M. mietete sich der angebliche Kaufmann Nedert aus Gießen in der Amalienstraße ein, und als am darauffolgenden Tage abends seine Logisgeberin abwesend war, benützte er die Gelegenheit und stahl ihr 100 Mark, ein Fahrrad und Schmuckgegenstände im Werte von 300 Mark und zwei anderen Logisherren die Legitimationspapiere, worauf er flüchtete. Die per Telefon erlassene Fahndung überholte ihn aber. Als er in Frankfurt a. M. aus dem Zuge stieg, wurde er verhaftet und die gestohlenen Gegenstände beschlagnahmt.

Mannheim, 6. Febr. Die Verdringung des Kommerzienrats und Stadtrats Fris Hirschhorn fand gestern nachmittag statt. Die Beteiligung war ungewöhnlich groß. Die Bürgermeister unserer Stadt, an ihrer Spitze Herr Oberbürgermeister Dr. Ved, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, die Stadtrat, viele Mitglieder des Stadterordnetenkollegiums ohne Unterschied der Partei, eine große Zahl städtischer Beamter, die Vertreter der Vereine, der Mannheimer Handelswelt und Banken, und vor allem seine vielen politischen und persönlichen Freunde, auch aus benachbarten Städten, wie Karlsruhe, und von Fern, hatten sich versammelt, um dem Entschlafenen die letzte Ehre zu erweisen. Herr Stadtrabbiner Dr. Stedelmacher gab in der Trauerpredigt das Lebensbild des Verstorbenen. Danach trat Herr Oberbürgermeister Dr. Ved vor den Satz und legte namens des Stadtrats der Hauptstadt Mannheim einen Kranz nieder mit herzlichen und bedeutenden Worten. Herr Stadterordneter Julia legte namens des Stadterordnetenverbandes, der den Verstorbenen hochgeschätzt und verehrt hat, einen Kranz nieder. Herr Rechtsanwält König widmete namens des Nationalliberalen Vereins dem treuen Freund und Mitarbeiter rühmende Worte des Dankes. Herr Dr. Schloßmacher (Frankfurt a. M.) überbrachte den letzten Gruß des „Deutschen Tabakvereins“, dessen Mitbegründer Hirschhorn war. Herr Direktor Müller sprach namens des „Generalanzeiger“. Seine Erzählung der Herr Ministerpräsident Freiherr v. Bodmann hatte den Hinterbliebenen seine Teilnahme durch den Herrn Landeskommissar Geh. Oberregierungsrat Pfisterer ausdrücken lassen.

Heidelberg, 2. Febr. Im 8. Konzert des Bachvereins hat der Komponist Fiskner seine Ouvertüre „Christuslein“ und die Musik zu Kleists „Räubern von Heilbrunn“ dirigiert. Während die Ouvertüre gefiel, wurde die Musik zu dem Drama recht kühl aufgenommen. Generalmusikdirektor Volkstrum dirigierte mit großem Feingefühl Beethovens VIII. Sinfonie. — In der reiches Konzertleben wird noch eine dankenswerte Ergänzung erhalten, indem populäre Kammermusikabende zu billigen Preisen eingeführt werden und schon in diesem Winter stattfinden. Der erste städtische Maskenball in der Stadthalle war sehr gut besucht.

Konstanz, 5. Febr. Die Jahresversammlung des Bodenseeverkehrsvereins findet am 16. Februar im Stadthausaal in Konstanz, vormittags 11 Uhr, statt. Neben andern Berichterstattungen bringt sie eine ausführliche Darlegung der zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse vorgeschlagenen Wünsche und Anregungen. Ganz besondere Anziehungskraft wird der für nachmittags 3 Uhr im Konzilsaal angekündigte Vortrag des Grafen Ferdinand von Zeppelin, Diplomingenieur, einem Neffen des berühmten Luftschifferfinders, ausüben. Auf Veranlassung seines Onkels wird Graf Zeppelin einen Vortrag mit Vorführung von Projektionsbildern über die Luftschiffahrt und die modernen Luftfahrzeuge halten.

Kleine Nachrichten aus Baden. Der Inhaber des Großen Lotter der Mannheimer Ausstellungs-Lotterie ist gestorben. Es ist ein Ausländer, der 20000 M. bereits erhalten hat. — Für die Tischarbeiten am Neubau des Lehrerseminars in Heidelberg, staatlicherseits zu 26 000 M. veran-

schlägt, gingen acht Angebote ein. Das Höchstgebot betrug 23 689 M. Das niedrigste Gebot blieb um 11 000 M. hinter dem staatlichen Vorschlag zurück und belief sich auf 15 085 M. — In Forstheim dürften in nicht allzuferner Zeit elektrische Straßenbahnwagen verkehren. Wie der „Forst. Anz.“ erfährt, soll dem Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung der von der Stadt mit der badischen Lokalbahn-Gesellschaft abgeschlossene Vertrag zur Genehmigung vorgelegt werden. — Vom Bodensee wird gemeldet: In einer von mehreren hundert Personen besuchten Versammlung zu Nordschaff, der zahlreiche Vertreter der Kantonsregierung St. Gallen, des Thurgau, von Schaffhausen und Appenzell am Oberrhein, wurde als Sektion der Konstanzer Vereinigung ein Ostschweizerischer Schiffahrtsverband gegründet. — Eine zu Hochstetten stattgehabene Versammlung von Tabakbauern der Bezirke Karlsruhe, Bruchsal und Rastatt erklärte sich für die Zigarettensteuer. Diese bringe keinen Nachteil für den Tabakarbeiter. Für den Landwirt sei aber ein großer Vorteil in der Wertsteigerung auf Zigaretten zu erblicken, denn die bessere Qualität der einheimischen Tabake werde beim Verkauf nach Einführung der Zigarettensteuer mehr wie bisher berücksichtigt werden müssen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 6. Febr. Abgeordnetenhause. Beim Etat der Bauverwaltung kommt Minister von Breitenbach auf seine Erklärung in der Budgetkommission über den Ausbau der Ströme zurück. Die Regierung wünsche eine großzügige, allen Interessen gerecht werdende Verkehrspolitik. Sie werde eine authentische Interpretation über die Frage der Binnenverkehrsabgaben herbeiführen und erziele einen Zweckverband aller beteiligten Bundesstaaten an, dessen Mittel ohne Unterschied des Staates zur Verbesserung gemeinsamer Bedürfnisse in dieser Frage verwendet werden sollen. Sie hofft dadurch den nationalen Interessen auf dem Gebiete des Verkehrs zu dienen.

Berlin, 6. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet, wie wir der „Germania“ entnehmen, die Behauptung, der Kaiser beabsichtige, die Polenborlage zurückzuziehen. Im Anschluß daran teilt die „Germania“ mit, daß der Kaiser geäußert habe: Es sei ihm gleichgültig, was aus der Polenborlage werde. Beide Angaben können wir als erfunden bezichtigen.

Berlin, 6. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ demotiert die Müttermeldung, daß als Konsul des Reiches in Dschibuti ein Srier namens Ghaleb in Ausfikt genommen sein soll.

Dresden, 6. Febr. In der Zweiten Kammer beantwortete der Finanzminister eine freisinnige Interpellation betr. die Stellungnahme der sächsischen Regierung im Bundesrat gegenüber der Finanzlage des Reiches und erklärte, daß die sächsische Regierung mit einer schärferen Heranziehung der Brantwein- und Tabaksteuer einverstanden sei. Dagegen werde sie nach wie vor die schwersten Bedenken gegen die sog. Veredelung der Matrifalarbeiträge und gegen die Ueberladung direkter Steuern an das Reich haben.

Paris, 6. Febr. Wie verlautet, schieben gegenwärtig zwischen Frankreich und Italien Verhandlungen wegen Abschluß eines fiskalischen Uebereinkommens, welches, ähnlich dem mit England abgeschlossenen Abkommen, insbesondere die Dinterziehung von Erbschaftssteuern verhindern soll.

Paris, 6. Febr. Die russische Regierung hat der Ernennung des Vizeadmirals Louchard zum französischen Vizekonsul in Petersburg die Genehmigung erteilt. — Es heißt, daß der Generalgouverneur von Indo-China, Beau, zum Gesandten in Brüssel ernannt werden soll als Nachfolger des Grafen d'Ormeillon, welchem anlässlich seiner Entsendung zu den Reichsfestlichkeiten in Lissabon der Rang eines außerordentlichen Vizekonsuls verliehen wurde.

London, 6. Febr. „Daily Chronicle“ kann mitteilen, daß die Erhöhung der Rüstungsausgaben in seiner Weise durch das deutsche Programm beeinflusst sei, doch sprechen Marinefachverständige von einer Erhöhung der Ausgaben um 4-5 Millionen Pfund in den nächsten Jahren, vorausgesetzt, daß das deutsche Programm verwirklicht werde. — „Daily Mail“ erfährt, daß das Marinebudget eine Erhöhung um etwa 1/4 Millionen Pfund zeigen werde.

St. Petersburg, 6. Febr. Im Ministerium des Neuern wurde eine Konvention zwischen Rußland und Schweden unterzeichnet, durch welche die Ätte vom 6./18. Dezember betreffend den Anschluß Rußlands an die Brüsseler Zuerkonvention vollzogen wird. Rußland gab seine Zustimmung zur Aufrechterhaltung der schwedischen Steuer auf russischen Zuder, soweit er für die schwedischen Inlandmärkte bestimmt ist. Die Zuzufuhren begrenzt die Freiheit Rußlands in der Besteuerung des schwedischen Zuders nicht.

St. Petersburg, 6. Febr. Zum Handelsminister ist der frühere Finanzminister Schipow ernannt worden.

Belgrad, 6. Febr. In der Stupschina sprach sich gestern in der fortgesetzten Budgetdebatte Stojanowitsch, junaliberal, gegen die Einstellung einer Apnange für den Kronprinzen aus und beschwerte sich dann über Polizeivillkür. Während der Antwortrede des Ministers des Innern, erhob sich ein großer Lärm, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde dann dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er wolle dem Könige eine Apnange aufzwingen, um ihn sich zu verpflichten. Er handele infolgedessen gegen den König und den Kronprinzen.

Konstantinopel, 6. Febr. In der gestrigen Zusammenkunft wurde als Antwort auf die letzte Note der Pforte betr. Uebernahme der Reformorgane in türkischen Dienst und Sold die sofortige Ueberreichung einer Note beschlossen, in welcher der Vorschlag der Pforte abermals als unannehmbar bezeichnet und betont wird, daß die Mächte auf ihrer Forderung weiter bestehen.

Athen, 6. Febr. Die Kammer hat gestern mit 87 gegen 51 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Der Minister des Innern hat das Finanzportefeuille mit übernommen.

Washington, 6. Febr. Im Senat erklärte gestern Senator Beveridge in einer Rede, die er zugunsten der Ernennung einer Tariffkommission hielt, Deutschland habe das beste Tariffsystem der Welt. Es sei besser wie jedes andere dazu eingerichtet, sich veränderten Umständen anzupassen und aus diesem Grunde sei Deutschland der übrigen Welt in der Steigerung des Außenhandels überlegen. Senator Beveridge wies in seiner Rede weiter auf die wissenschaftliche Gründlichkeit hin, mit der Deutschland sein Tariffsystem aufgebaut habe. Amerika müsse die Tarifffrage in demselben Sinne be-

handeln wie Deutschland, das seinen Fortschritt auf industriellem Gebiete seinen auswärtigen Märkten verdanke. Diese Märkte seien auch für Amerika von großer Wichtigkeit.

Verschiedenes.

Berlin, 6. Febr. Der Begründer des deutschen Kleinbahnwesens, Eisenbahnbauminister Hermann Vachstein, ist hier im Alter von 74 Jahren gestorben.

Stuttgart, 5. Febr. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht ein Aus schreiben des Finanzministeriums und der Hofdomänenkammer zu einem Wettbewerb für das neue Obernhaus und das neue Schanzenhaus auf dem Platze des bisherigen Botanischen Gartens.

Prag, 5. Febr. Gestern früh 6 Uhr erfolgten in Aisch zwei ziemlich starke Erdstöße. Gleichzeitig wurde in Graslitz ein neues Erdbeben verspürt. Heute früh wiederholten sich an mehreren Orten des Erzgebirges die Erdbeben in erheblichem Maße.

Paris, 5. Febr. Dem „Eclair“ zufolge hat der bekannte Physiker Branly eine Vorrichtung erfunden, um ein Torpedo mit Sicherheit nach einem bestimmten Punkte zu lenken. Ferner sei man mit dieser Vorrichtung im Stande, Landminen auf große Entfernungen zur Explosion zu bringen.

Newport, 6. Febr. Ein großer Temperaturwechsel hat unter der armen Bevölkerung eine erschreckende Erblichkeit hervorgerufen, Lungentzündung, Hirnhautentzündung usw. raffen fast hier mal so viel Menschen dahin, als der Winter in früheren Jahren. Die Krankenhäuser für epidemische Krankheiten sind überfüllt. Die Lage wird dadurch verschärft, daß nach oberflächlicher Schätzung 25 000 Personen obdachlos und in Gefahr zu verhungern sind. 10 000 Obdachlose hocken in den engen Gassen dahin, ohne ein Dach über ihrem Haupte zu haben.

Schneestürme in Algier.

Blidah (Algier), 5. Febr. Die beim Pic Ferruta lagernde Abteilung von 30 Mann, die sechs Tage lang infolge andauernder Schneestürme von jeder Verbindung abgeschlossen war, wurde von einer Rettungskolonie wohlbehalten nach Blidah zurückgebracht.

Ain Sefra, 5. Febr. Von der auf dem Wege nach dem Fort Saffa von einem heftigen Schneesturm überraschten Abteilung der Fremdenlegion sind weitere 10 Leute gefunden worden. Die Zahl der Opfer beträgt jetzt 34. Mehrere Legionäre werden noch vermisst.

Industrie, Handel und Versicherungsweesen.

Bei der Deutschen Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover waren im Monat Januar 1908 in den beiden von der Anstalt betriebenen Geschäftszweigen, der Militärdienst-Versicherung und Lebens-Versicherung (auch Töchterversorgung), zu erledigen: 913 Anträge über 1 938 820 Mark Versicherungskapital. Von Errichtung der Anstalt (1878) bis Ende Januar 1908 gingen ein 418 362 Anträge über 605 673 040 M. Versicherungskapital; im Jahre 1907 allein rund 25 Millionen Mark! Die Auszahlungen an Versicherungssumme, Prämienrückgewähr usw. im Laufe des Jahres 1907 betragen etwa 11 1/2 Millionen Mark; in den Monaten Oktober, November und Dezember sind allein für Militärdienstversicherungen 5 1/2 Millionen Mark ausgezahlt worden; die Gesamtauszahlungen seit Bestehen der Anstalt belaufen sich auf 91 000 000 M. Vermögensstand 130 Millionen Mark.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Freitag, 7. Febr. Abt. A. 36. Ab. Vorst. „Die er ihren Mann belog“, eine Warnung für Theaterbesucher, in 1 Akt von Bernard Shaw, deutsch von Siegfried Trebitsch. — „Der Schrittmacher“, Lustspiel in 3 Akten von Iwan Maximowitsch Belitschko, frei nach dem Russischen bearbeitet von Ludwig Wolff. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Samstag, 8. Febr. Abt. C. 36. Ab. Vorst. „Nosen“, Einakterzählung von Hermann Sudermann, „Margot“, Schauspiel in 1 Akt. — „Der letzte Besuch“, Schauspiel in 1 Akt. — „Die ferne Prinzessin“, Scherzo in 1 Akt. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 6. Februar 1908.

Hoher Druck, dessen Kern noch vor dem Kanal liegt, erstreckt sich von da aus zungenförmig in das Festland herein, doch herrscht vorwiegend heiteres Frostwetter nur im Süden des Reiches und in der Schweiz. Der größte Teil Deutschlands steht mit trübem Tauwetter unter der Herrschaft einer tiefen über Kappland gelegenen Depression. Das stetige Steigen des Ortsbarometers deutet darauf hin, daß sich die Depression entfernt und daß sich der hohe Druck noch weiter binnenwärts ausbreitet; es ist deshalb teils heiteres, teils neblig-frostwetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 6. Februar 1908.

Lugano wolkenlos — 3 Grad, Biarriz bedeckt 2 Grad, Nizza wolkenlos 0 Grad, Triest wolkenlos 2 Grad, Florenz wolkenlos 1 Grad, Rom wolkenlos 2 Grad, Cagliari heiter 4 Grad, Brindisi wolkenlos 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologie Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
5. Nachts 9 ⁰⁰ U.	765.8	-1.3	3.1	74	SW	wolkenlos
6. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	767.6	-5.1	2.6	82	SE	bedeckt
6. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	768.1	1.9	3.5	66	SW	„

Höchste Temperatur am 5. Februar: -0.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -8.4. Niederschlagsmenge des 5. Februar: 0.0 mm. Schneehöhe: Am 6. Februar, morgens 7⁰⁰ Uhr = 6 cm.

Wasserstand des Rheins am 6. Februar, früh: Schutterinsel 1.02 m, gefallen 1 cm; Rehl 1.51 m, gefallen 2 cm; Wagan 3.00 m, gefallen 6 cm; Mannheim 2.16 m, gefallen 8 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Ball-Seide v. Mk. 1.10 ab

— Zollfrei! — Muster an Jedermann! —

Seidenfabrik Henneberg, Zürich.

